DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN SCHREIBMASCHINEN

NORDDEUTSCHE FRESSE

NR Sechs

Januar 1975

2. Jahrgang

Inflationspreis: 0,7 oDM

DREHT DIE SCHREIBMASCHINEN UM !!

FAHRPREISERHÖHUNG
PROZESSE
BOMBENTERROR
DAS ENDE
EINER ZEITUNG?

ANARCHO-MUND TUT WAHRHEIT KUND !

ANZEIGE

VERLAG FREIE GESELL-SCHAFT

anarchistische texte

6 frankfurt18, Postfach 0132

Erschienene B ü c h e r:

Was ist eigentlich Anarchie?
Eine Einführung in die Geschichte,
Theorie und Praxis des Anarchismus
1oo Seiten DM 2,--

Rudolf Rocker: Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus
48 Seiten DM 1,5o

P.J. Proudhon: Was ist das Eigentum
Bd. 1 118 Seiten DM 3,--

Kurzbiografien und Kommentare
von bekannten Anarchisten
8o Seiten DM 2,--

Borgius: Ideenwelt des Anrchismus
8o Seiten DM 2,5o

Diese Broschüren, sowie die
FREIE PRESSE und die BEFREIUNG
sind auch über uns zu beziehen.

N e u e r s c h e i n u n g e n:

Wil. Reich: Hör zu, Kleiner Mann
92 Seiten DM 4,--

J. H. Mackay: Sturm
Sozialrevolutionäre Gedichte
1oo Seiten DM 5,--

B.R. Tucker: Staatssozialismus
und Anarchismus
34 Seiten DM 1,5o

Bio- und Bibliografie von Max
Nettlau, 3o Seiten DM 1,5o

F. Constantini: Bilder aus der
Geschichte des Anarchismus
DM 1,5o

Sexpol
(Paul Albrecht, Madlène Vernet
Emma Goldmann) ca- 1oo S. DM 5,--

NORDDEUTSCHE FRESSE

HerausgeberAnschrift des Redaktionskollektivs und presserechtlich verantwortlich:
Gerhard Knapienski 3 Hannover Steintorfeldstr.4

Fotos: von der APH(ANARCHO PRESSE HANNOVER) soweit nicht anders gekennzeichnet
Meldungen, die mit ID gekennzeichnet sind, haben wir vom Informationsdienst,
der erscheint in Frankfurt, Homburgerstr.36, übernommen
Meldungen, die gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des
Redaktionskollektives wieder, alle Rechte bleiben dann bei den Verfassern

Die NORDDEUTSCHE FRESSE erscheint monatlich.

Die Redaktionssitzungen sind meistens öffentlich, und werden bekanntgegeben

Einzelbestellungen werden nur als Abos gegen Vorauszahlung von 12DM für 12 Ausgaben
durchgeführt, Lieferbedingungen für Buchläden und arbeitende Gruppen auswärts
werden auf Anfrage mitgeteilt
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. o3/74
Alle Zahlungen mit befreiender Wirkung nur auf Postscheckkonto:
Gerhard Gansert 3 Hannover Kontonummer: Han 4106 15-3o6

Auflage z.Z. 5oo

Druck: Eigendruck

Preis o,5oDM
Buchläden zzgl.Porto

Liebe Leser

Die NF konnte im Dezember leider nicht erscheinen,das hatte 2 Gründe.Zum einen stecken wir tief in den roten Zahlen und konnten diese Nummer erst jetzt finanzieren,zum anderen waren 2 Leute krank.Irgendwie haben wir es dann doch geschafft und die Nr.6 ist jetzt endlich fertig.Die NF ist jetzt ein halbes Jahr alt,wenn man die Vorgeschichte(Neue Hannoversche Fresse)einmal ausklammrt.In dieser Zeit wurden mehrfach die Preise für Papier Druckfarbe usw. erhöht.Der o,5oDM Preis,der von vornherein unter dem Selbstkostenpreis lag ist spätestens jetzt untragbar geworden.Deshalb also o,7oDM.Auch dieser Preis wird übrigens unsere Kosten nicht decken.Um Zahlen zu nennen.Die NF hat mit ihren ersten 5 Nummern einen Verlust von 8o6.-DM gebracht.Immerhin haben einige Leser sich durch Spenden an dem Verlust beteiligt.Dabei kamen insgesamt 8? 5oDM zusammen also etwa 1o%..Wir würden uns unheimlich freuen,wenn unsere Leser auch in Zukunft so reichlich Spenden würden.Schliesslich versaufen wir das Geld ja nicht, sondern verwenden es für politische Arbeit.Die nächste NF erscheint voraussichtlich im Februar. bis dahin tschüs und schwarzrotfront die Redaktion

APH Offsetdruck

OFFSET DIN A4 einfarbig:

Auflage	einseitig	Beidseitig
25o	15,5oDM	2?,5oDM
5oo	21,5oDM	31,5oDM
1ooo	32,-DM	45,--DM
2ooo	53,5oDM	77,--DM
3ooo	76,--DM	1o3,--DM
5ooo	118,--DM	156,--DM
1oooo	23o,5oDM	3o3,--DM

Die Preise verstehen sich inklusive wiederverwendbareb Aluminiumdruckplatten, Papier und allen Nebenkosten. Zur Zeit liegt ein Papierkostenanteil von 15,-DM bei 1ooo Drucken an, eventuelle Papierpreiserhöhungen werden zusätzlich berechnet. Bei rein kommerziellen Aufträgen müssen wir Mwst erheben.

Für Genossen gewähren wir Rabatte!!! Bei bestimmten Projekten, wie Zeitungen, Infos, Broschüren Sonderpreise und Zahlungserleichterungen nach Absprache!

Wir sind in der Lage Photos selbst zu rastern und zu vergrößern, ebenso kann von uns eigenes Bildmaterial zur Verfügung gestellt werden. Druckausführung auch mehrfarbig möglich! Dringende Aufträge können werktags auch sofort ausgeführt werden!!!

Anfragen bitte an die Redaktion oder an:

ANARCHO PRESSE HANNOVER
c/o Gerhard Gansert
3 Hannover Bronsartstr. 23
Telephon: 44 33 59

INHALT

S.4 Fahrpreiserhöhung

S.9 Kongress der Schülerunion Bericht vom KOV

S.1o Prozess Klaus Öllerer antimilitaristisches

S.12 Bombenterror gegen die Bevölkerung

S.14 Prozess Götz Buchholz Prozess Arndtstr.

S.18 Das Ende einer Zeitung?

Fahrpreiserhöhung

die fahrpreiserhöhung wird seit etwa 2 jahren durch pressemeldungen propagandistisch vorbereitet. unklar war dabei auch ob auch der einheitstarif aufgegeben wird. CDU und FDP wollten einen zonentarif mit 2 tarifstufen, die bundesbahn drohte aus dem verkehrsverbund auszutren, dem außerdem noch Üstra, bundespost und private buslinien angehören, wenn nicht ein "leistungsorientierter" tarif eingeführt würde. damit wäre der großraumtarif, der seit 197o besteht, geplatzt.
bei der wahl am 9.6.74 erreichte die CDU zusammen mit der FDP eine stimme mehrheit in der verbandsversammlung des großraums hannover; sodaß diese jetzt am 11.12.74 gegen die stimmen der SPD den stufentarif beschließen konnte. die genaue höhe der fahrpreiserhöhung steht noch offen, sie soll erst im januar beschlossen werden - die fahrpreiserhöhung wird frühestens am 1. märz 75 in kraft treten.

Ein Entwurf sieht vor, dass die Einnahmen von bisher 78,8 Mill. auf 95,5 - 1oo,7 Mill. durch die Preiserhöhung steigen sollen. Dies geht vor allem zu lasten der Pendler, die nach dem Entwurf mindestens 1,4oDM bezahlen sollen, und der Schüler und Studenten für die von o,3o auf o,5oDM erhöht werden soll. Die Preise für die Tarifstufe1 sollen nur auf o,8oDM erhöht werden, die Monatskarten bleiben unverändert bei 4oDM, für Tarifstufe2 5o-65DM.

Tarifvorschläge

	Besteh. Einheitstarif	Vorschläge für einen Dreizonentarif mit zwei Preisstufen							
		Vorschlag I		Vorschlag II		Vorschlag III		Vorschlag IV	
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 1	Stufe 2
Sammelkarten									
Erwachsene	0,75	0,80	1,40	0,83⅓	1,50	0,875	1,75	0,83⅓	1,66⅔
Schüler	0,30	0,50	0,80	0,50	0,80	0,43¾	0,875	0,50	0,83⅓
Einzelkarten									
Erwachsene	1,00	1,10	1,80	1,10	1,80	1,00	2,00	1,20	2,00
Schüler	0,50	0,60	1,00	0,60	1,00	0,50	1,00	0,60	1,00
Monatskarten									
Erwachsene	40,00	40,00	50,00	40,00	55,00	40,00	65,00	40,00	65,00
Schüler	15,00	20,00	25,00	20,00	27,00	20,00	35,00	20,00	35,00
Senioren (nur Üstra)	10,00	10,00		15,00		15,00		15,00	
I	78,3 Mill.	55,2 Mill.		97,4 Mill.		100,3 Mill.		100,7 Mill.	
Mehreinnahmen		16,4 Mill.		18,6 Mill.		21,5 Mill.		21,9 Mill.	

es kam bereits zu ersten initiativen und protestaktionen gegen die fahrpreiserhöhungen, dazu folgende berichte.

HANNOVER, 26/27.11.74

ERSTE PROTESTE GEGEN GEPLANTE FAHRPREISERHÖHUNG

Di 26.11. 15.3o Klagesmarkt

Aufgerufen hatte der Rote Fahne-Freundeskreis(KPD). Etwa ein Dutzend Leute waren gekommen und begannen Fahrgäste und Busfahrer zu agitieren. Viel war nicht los, so dass der eingesetzte Polizeiwagen vorzeitig wieder abrückte.

Mi 27.11. 16.3o Rathaus

wurde verlegt nach Georgstr. Ecke Packhofstr.(Holger Meins Ecke). Ursprünglich sollte im Rathaus die Verbandsversammlung tagen, ist aber wohl ausgefallen. Aufgerufen hatte der KBW, die KPD ein paar Tage später auch. Obwohl garnichts los war hatten die Bullen das Rathaus "beschützt" zum einen wohl, um den Notstandsapparat fit zu halten, zum anderen weil man gehofft hatte, die Demonstranten provozieren zu können, sich vor dem leeren Rathaus und fern der Öffentlichkeit abzufrieren. Sogar die Presse war zum Rathaus gekommen. Die Kundgebung war indessen mitten in der Stadt, etwa 2o-3o Leute umringt von neugierigen Passanten. Die meisten gingen

AUFRUF ZUR GRÜNDUNG DES KOMITEES:

" KAMPF DER ERHÖHUNG DER VERKEHRS- UND VERSORGUNGSTARIFE"

DIE Preise im öffentlichen Nahverkehr sollen drastisch erhöht werden, der Einheitstarif soll fallen. Das ist das bisherige Ergebnis der Gespräche im Großraumverband. Die geplanten Fahrpreiserhöhungen sind ein unverschämter Angriff auf unsere Lebenslage! Sie stehen in einer Reihe mit den Erhöhungen von Gas Und Strom, mit der Teuerung. Schon jetzt werden mehr als 800 000 Arbeitslose, massenhaft Kurzarbeit, täglich wachsende Arbeitshetze und staatlich diktierter Lohnraub von 6,5%. Der Kapitalismus steckt in der Krise. jetzt sollen wir die Suppe auslöffeln; auf unsere Schultern versuchen die Kapitalisten, Ihre Krise abzuwälzen. Aber diese Herren täuschen sich: die Kampfbereitschaft der werktätigen Bevölkerung ist da! Vereinigen wir uns unter den Forderungen:

- Keine Erhöhung der Verkehrs- und Versorgungstarife!
- Keinen Pfennig mehr für Üstra, Gas und Strom!
- Freie Fahrt und kostenloser Bezug von Strom undGas für Arbeitslose!

Unter diesen Forderungen sagen wir den Verantwortlichen für die volksfeindliche Politik den Kampf an. Diese Verantwortlichen sind die Vertreter von SPD, FDP, CDU. Gemeinsam mit den Bonzen im DGB betreiben sie im Stadtrat und im Großraumverband das Geschäft der Kapitalisten.
Sie schrecken auch nicht davor zurück, Polizei und Grenzschutz gegen uns aufzubieten. Als in Frankfurt die Bevölkerung gegen die Erhöhungen im Nahverkehr kämpfte, da machte die Polizei mit Wasserwerfern Jagd auf die Menschen und fuhr den Schüler Thomas Hydreck halbtot. Stadtrat, Großraumverband und Polizei, sie alle sind Teile des kapitalistischen Unterdrückungsapparates gegen die werktätige Bevölkerung!
Als gefährlichste Agenten tritt jetzt wieder die D"K"P auf. 1972, als der Stadtrat bei den Üstrakämpfen in Hannover die Polizei aufmarschieren ließ, da predigte die D"K"P die Kapitulation und forderte zu Bittgängen zum Rathaus auf.
Bittgänge, jegliches Vertrauen in die bürgerlichen Parteien und ihre Handlanger, daß führt uns in die Niederlage!
- KAMPF DEN HANDLANGERN DES KAPITALISMUS IN STADTRAT, DGB UND D"K"P !
Erinnern wir uns an die großen Üstrakämpfe 1969!
Damals gelang es den hannoverschen Werktätigen, die Erhöhungen abzuschlagen und verbesserte Fahrpreise zu erkämpfen. Das war möglich,weil damals die Bevölkerung geschlossen kämpfte! Es waren besonders die Kollegen der Hanomag, die mit Protestaktionen im Betrieb und Streikdrohungen den Kapitalisten, bürgerlichen Politikern und Gewerkschaftsbonzen einheizten. Der gemeinsame, militante Kampf der Werktätigen, gemeinsamer Fahrpreisboykott, Demonstrationen, Protestaktionen an den Betrieben, Üstrablockade: das führte zum Sieg! Diesen Weg müssen wir wieder gehen.
Schließen wir uns darum zusammen im Vertrauen auf unsere eigene Kraft, um diese unverschämten Erhöhungen zu bekämpfen. Tragen wir unsere Forderungen in jeden Betrieb, in die gewerkschaftlichen Gremien, in die Stadteile, an den Hochschulen und Schulen den Fahrpreisboykott organisieren: das ist unsere Antwort!

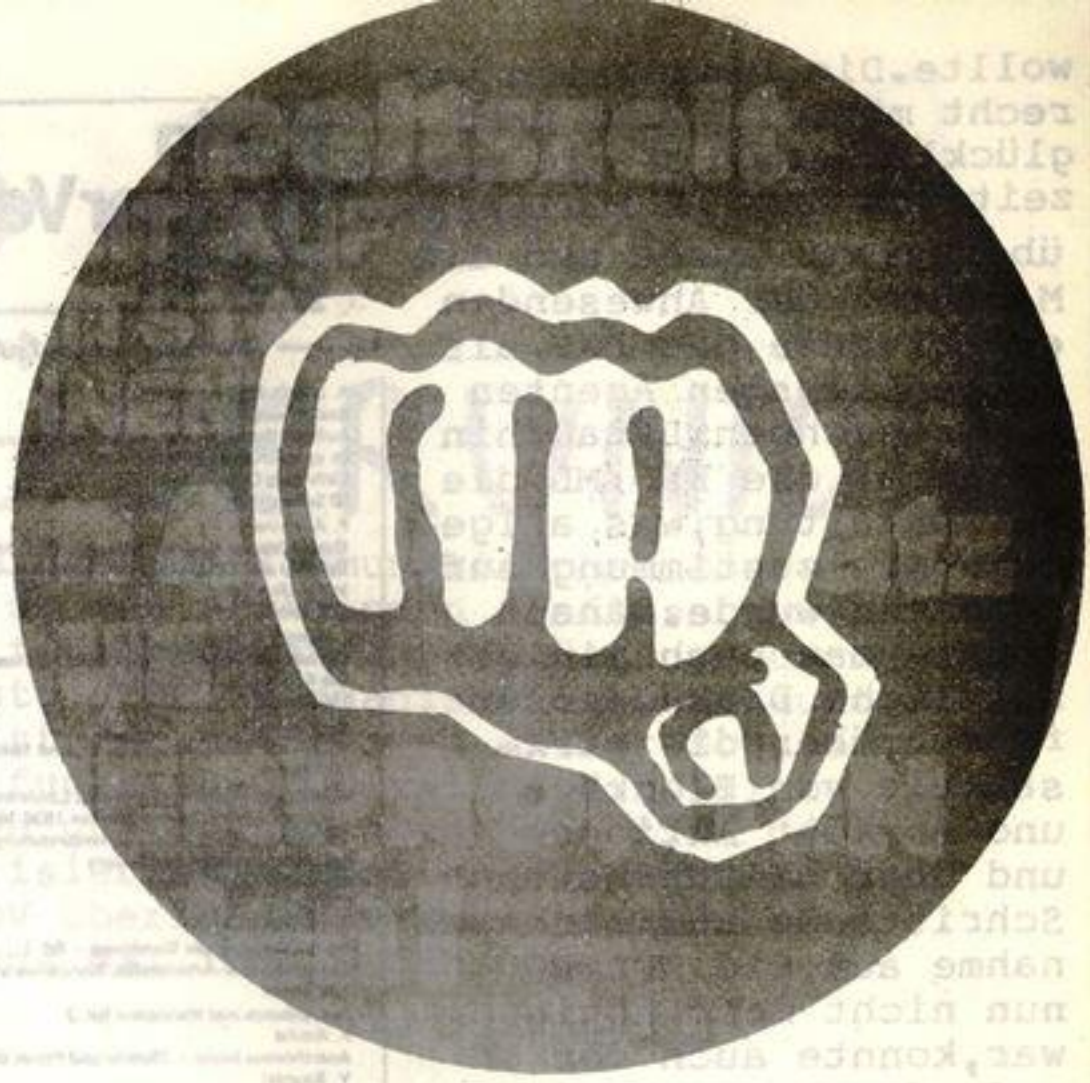
- KAMPF DER STAATLICHEN PREISTREIBEREI !
- KAMPF DER VERSCHLECHTERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN!
KPD/ML, ROTE GARDE (Jugendorganisation der KPD/ML) KSB/ML (Studentenorganisation der Roten Garde) Rote Fahne - Freundeskreis - Hannover, KJV, KOV, KSV; FRAP

Wir meinen,dass sich die Fahrpreiserhöhung nicht verhindern lässt.Selbst in Städten,wo die Linke stärker und die Bevölkerung Widerstandsbereiter ist, wie z.B. in Frankfurt,gelingt es dem Staat mit seiner Notstandsarmee den Widerstand zu zerschlagen.Selbst,wenn es aber gelänge die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung zu erzwingen oder gar den Nulltarif durchzusetzen,wäre dies noch kein Erfolg.Das Geld wird uns dann eben an anderer Stelle wieder abgenommen.Das Kapital hat genügend ausweichmöglichkeiten. Der Kampf gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wird sicher nicht an der Fahrpreisfront entschieden.
Ein Erfolg kann für uns deshalb nur darin bestehen,wenn es gelingt möglichst vielen Leuten diese Abhängigkeit klarzumachen und für eine weitere politische Arbeit zu gewinnen.
Von daher hat unsere Beteiligung an den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung auch

nicht zum Ziel möglichst viele Menschen unter gängigen Parolen zu vereinen,sondern aufzuklären.Nicht gegen die Fahrpreiserhöhung,sondern für den Klassenkampf wollen wir mobilisieren.
Deshalb greifen wir die Forderungen auf,die bereits 197o und 72 von der revolutionären Linken gegen die Fahrpreiserhöhung gestellt wurden,und die die Funktion des Nahverkehrs in dieser Gesellschaft verdeutlichen:

Transport der Menschen zum Arbeitsplatz und zum Einkaufen.

In einem Flugblatt von 197o heisst es:



**Nach der Fahrpreiserhöhung soll ein Arbeiter mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst von DM 750,- ca. 5% seines Lohnes dazu verwenden, um dahin zu kommen, wo er das einzige, was er zu verkaufen hat, verkauft - seine Arbeitskraft!!!

wollte.Die Diskussion war recht mühselig und fand glücklicherweise ein vorzeitiges Ende,als dieKPD/ML überstimmt wurde und die Mehrheit der Anwesenden es ablehnte die DKP als gefährlichsten Agenten zu bezeichnen.Daraufhin verliess die KPD/ML die Veranstaltung,was allgemein mit zustimmung aufgenommen wurde.Danach konnte man noch einige nützliche Diskussionen führen,über die Wirksamkeit von Blockade und Boykott Aktionen und über die nächsten Schritte.Da Rücksichtnahme auf die KPD/ML nun nicht mehr nötig war,konnte auch der Aufruf entsprechend geändert werden.Wir werden das Komitee unterstützen und bitten auch alle Leser sich anzuschliessen. Die aktuellen Termine erfährt man bei uns oder im KJV-Büro(Göttingerstrasse). APH

Karin Kramer Verlag Berlin

1 Berlin 44 Morusstr. 28 68 63258

— Neuerscheinungen Frühjahr 1974 —

A. und D. Prudhommeaux
Bewaffnung des Volkes
Aufbau, Organisierung und Kämpfe der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg
Einleitung Carl Einstein
80 Seiten 5,– DM

P. Arschinoff
Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921
Berichte und Dokumente der revolutionären Bauernbewegung in der Ukraine
260 Seiten 10,– DM

J. Agnoli, C. Brendel, I. Mett
Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern – Die Kommune von Kronstadt
150 Seiten 6,– DM

Cajo Brendel
Autonome Klassenkämpfe in England 1946-1974
120 Seiten 6,– DM

Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft
Die Soziale Revolution in Spanien 1936-1939
Dokumente, Berichte und Selbstdarstellungen der spanischen Arbeiter und Bauern
Einleitung Erich Gerlach
230 Seiten 10,– DM

Anton Pannekoek
Neubestimmung des Marxismus – Bd. 1
Diskussion über Arbeiterräte, Marxismus und Staat
130 Seiten 6,– DM

Anarchismus und Marxismus Bd. 2
F. Amilié
Anarchismus heute – Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs
Y. Bourdet
Marxismus und Anarchismus
R. de Jong
Stirbt Marx als Anarchist?
u.a.
140 Seiten 6,– DM

Unter dem Pflaster liegt der Strand – Anarchismus heute
N. Chomsky
Anmerkungen zum Anarchismus – Radikaler Marxismus und konsequenter Anarchismus
Ch. Dericum
Absage an die Gewalt
M. Bookchin
Hör zu, Marxist!
H.P. Duerr
Unter dem Pflaster liegt der Strand
P. Feyerabend
Thesen zum Anarchismus 1973
160 Seiten 8,– DM

INFORMATION DISKUSSION KRITIK

Heft 1 : Die Thesen von ‚il manifesto' – Kritische Auseinandersetzung mit der politischen und organisatorischen Konzeption der Gruppe.
von J. Kergoat
46 Seiten 4,–

Heft 2 : Kommunismus und Selbstbestimmung – Spontaneität und Organisation
Revolution als Problem von Strategie und Taktik? – Freiheit: das Recht auf Vergnügen? – Entsubjektivierung des Proletariats bei Marx u. a.
von Murray Bookchin
5,–

Heft 3 : Mach mehr aus deinem Arbeitsplatz – Theorie der Revolution
Auseinandersetzung mit dem Revolutionsbegriff und der Einschätzung revolutionärer Bewegungen bei Lenk, Lösche, Mattick und Rabehl
vom Redaktionskollektiv
5,–

Heft 4 : Karl Marx – ein Theoretiker: das Anarchismus – von Maximilian Rubel.
Diskussion über die Thesen von M. Rubel
5,–

Heft 5 : Algerien – Impressionen einer Reise im Sommer 1973 ergänzt durch eine Studie zur algerischen Selbstverwaltung. Außerdem ausführliche Bibliographie zum Thema Algerien.
von Husseini
Juni 1974 5,–

Heft 6 : Stadtteilarbeit – Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs. Berichte, Informationen und Dokumentationen. Hausbesetzungen in Amsterdam – Bürgerinitiative in Köln – Ausführliche Bibliographie zum Thema Bürgerinitiativen Juli 1974
5,–

Heft 7 : Frauen in der Revolution – Kämpfe und Erfahrungen, dargestellt von
Vera Figner, Emma Goldman, Louise Michel u. a.
September 1974 5,–

Palermo (ID)

DIE STUDENTEN AUS PALERMO HABEN HEUTE, AM 1o. DEZEMBER, IHREN BÜRGERMEISTER UNTER DIE ERDE GEBRACHT

das war natürlich ein happening, bei dem ein student den toten spielte, ausgestreckt in einem sarg voll blumen, die studenten der musikhochschule den trauermarsch spielten, begleitet von einem chor von 1oo studenten. mehr als 5oooo studenten folgten dem "begräbnis".
das war die 1o. demonstration innerhalb von 1o tagen gegen die fahrpreiserhöhung in palermo. der neue preis wurde vom stadtrat im august festgesetzt. er galt seit dem 1. dezember.
am 1. dezember haben die fahrer der verkehrsmittel zwei stunden lang gestreikt. seit dem 2. dezember befinden sich die studenten im streik, täglich gibt es demonstrationen mit 1oooo, 2oooo oder 3oooo teilnehmern. auch die arbeiter nehmen an dem kampf teil. am freitag, dem 6 dezember, fand eine generalvollversammlung des stadtrats statt, in der über das problem des fahrpreises diskutiert wurde. am selben morgen blokierten im stadtteil von borgomolara studenten, arbeiter und frauen den busverkehr. dazu kamen noch die schüler; und gemeinsam zogen sie zum rathaus. auch wrftarbeiter waren dabei; alle zusammen mehr als 3oooo. schließlich wurde eine delegation ins rathaus geschickt- der Bürgermeister, ein DC-mitglied, der fanfanileute und die stadträte waren verschwunden. die sitzung wurde auf den nachmitag verschoben, trotz vieler bullen blieb der platz bis zum nachmittag besetzt. und der sekretär der PCI für die region von palermo kündigte einen einstündigen generalstreik für den nachmittag des 1o. dezembers an.
am nachmittag des 1o. dezembers wurde wi eine delegation von studenten und gewerkschaftlern vom bürgermeister empfangen, der ihnen einen vorschlag für die fahrpreise unterbreitete: monatskarten für studenten zum preis von 1ooo lire, netzkarten für arbeiter für 2ooo lire, preisnachlässe für soldaten, für die alten leute und sozialhilfeempfänger. diese vorschläge wurden von den gewerkschaften an die fabrikräte weitergereicht.
am nachmittag haben sich während der stadtratsversammlung die streikenden arbeiter und studenten wieder vor dem rathaus versammelt. der vorschlag wurde ausgepfiffen und abgelehnt. die parolen und transparente liesen erkennen, daß die aktionen sich auf die ansteigenden lebenshaltungskosten beziehen.

KONGRESS der SCHÜLERUNION

Der nachfolgende Bericht erreichte uns vom Kommunistischen Oberschülerverband(KOV).Es geht dabei um den wachsenden Einfluss der Schülerunion(SU),die mit massiver finanzieller Unterstützung durch die Industrie inzwischen die grösste Schulerorganisation überhaupt aufgebaut haben.Die Schülerunion ist für die Linken an der Schule eine echte Gefahr,weil sie Polizeifunktionen übernimmt,d.h. linke Schüler und Lehrer ausfindig machen und denunzieren oder z.B. Genossen durch Prügelaktionen terrorisieren.Wir wollen die Schulen weder der Schülerunion noch dem KOV überlassen,wir bitten deshalb die Schüler unter unseren Lesern uns mal ihre Erfahrungen mit der Schülerunion usw. mitzuteilen.

Recklinghausen,14.12.74:

Trotz brutalem Bulleneinsatz - Demonstrationsverbot durchbrochen!

Ganz Recklinghausen war voller Bullen,in jeder Seitenstrasse standen Mannschaftswagen.Polizeistreifen mit Funksprechgeräten, Spitzel und ein Hubschrauber - das war das Aufgebot der SPD-Behörden gegen eine Demonstration des KOV gegen einen Kongress der Schülerunion(Jugendorganisation der CDU an der Schule).
Die SU hat mit ihrer bisherigen Arbeit bewiesen,dass sie als Stosstrupp der Konterrevolution an den Schulen auftritt und arbeitet:So haben sie in Hessen dazu aufgefordert,die 6oo "verfassungsfeindlichen" Lehrer ausfindig zu machen.
Auf ihrem Kongress haben sie noch einmal betont,dass alle "radikalen Lehrer" von ihnen aus den Schulen rausgesäubert werden.
Sie haben gefordert,dass Investitionen im Bildungssektor auf gar keinen Fall auf Kosten der "inneren Sicherheit" gehen dürfen.
Auf ihrem Kongress haben sie einen Beschluss zu "politischen Schülergruppen" gefasst,nach dem alle Gruppen auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" verpflichtet werden.Im Klartext fordern sie damit ein Verbot des KOV und anderer kommunistischer Organisationen!
Die Demo des KOV war nach dem neuen Demo-Gesetz verboten worden, wir hatten im Aufruf geschrieben,erst wenn die Arbeiter und Werktätigen zu bestimmen haben,wird den Reaktionären endgültig das Maul gestopft;dies ist "Aufhetzung zu Gewalttaten" und damit verboten.Trotz Verbot führten wir eine Kundgebung in Recklinghausen durch,die mit brutalem Knüppeleinsatz der Bullen aufgelöst werden sollte.8 Genossen wurden verhaftet.Wir liessen uns aber nicht einschüchtern,die Empörung der Bevölkerung über die Polizeimassnahmen wies uns den richtigen Weg:Wir verteilten noch mehr Flugblätter, führten noch mehr Gespräche und konnten feststellen: die CDU und ihre Hilfsorganisationen wie die SU und JU werden es trotz der grössten Demagogie nicht schaffen,ihren erzreaktionären Charakter zu verschleiern.Auch die SPD hat sich gründlich entlarvt:Die Bulleneinsätze,die Knüppeleien,die Verhaftungen,das Flugblattbeschlagnahmen und das Verbot überhaupt,hatte gezeigt,wie einig sich diese beiden bürgerlichen Parteien sind,wenn es darum geht,zu verhindern, dass die Wahrheit über ihre Politik gesagt wird,dass entlarvt wird, wem diese Bande hörig ist,dem Kapital und niemanden anders!
Wir werden weiterhin gegen die SU kämpfen,kein fortschrittlicher Schüler darf zulassen,dass diese Kapitalistensöhne mit ihrer antikommunistischen Hetze und volksfeindlichen Politik auch nur noch einen Handbreit Boden an den Schulen gewinnen.
NIEDER MIT DER SCHÜLERUNION! SCHÜLERUNION RAUS AUS DER SCHULE!

PROZESSE

Im letzten Heft berichteten wir über die Anklage gegen Klaus Öllerer,wegen Wehrkraftzersetzung, und über ein internationales Widerstandskollektiv,das Militärdinst und Zivildienst verweigert.Diese Meldungen können wir jetzt ergänzen und neue Meldungen hinzufügen.

Aus dem internationalen Widerstandskollektiv sind inzwischen 3 Leute in Haft.Es handelt sich dabei um den Schweizer Ulrich Wildberger,den Italiener D[illegible] Bertulessi und den Franzosen Michel Macé.
Für Klaus Öllerer sieht die Sache besser aus.Die Anklage wegen Wehrkraftzersetzung wurde inzwischen fallengelassen,so dass er "nur" noch wegen Sachbeschädigung angeklagt ist.Dazu nebenstehender Bericht aus der Solidarität.

Klaus Öllerer

Die 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg hat es abgelehnt,den Prozeß gegen Klaus Öllerer wegen Wehrkraftzersetzung zu eröffnen!
Sie beschloß:"Die Anklage wird insoweit zur Hauptverhandlung zugelassen,als der Angeschuldigte angeklagt ist,in Hannover am 25.April 73 vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt zu haben,indem er die Wände des Vorraums zum Mannschaftsspeisesaal der Prinz-Albrecht-Kaserne durch Aufsprühen der Parole"Keine Ausbildung faschistischer Offiziere von Marionettenregimen in der Bundeswehr" mit roter Farbe beschädigte.
In diesem Umfang wird das Hauptverfahren eröffnet...
Im übrigen wird die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt...
Ihre Begründung:
"Funktionäre,Mitglieder,Anhänger und Sympathisanten der Partei sind befugt,sich für die Verwirklichung der Ziele der Partei mit allgemein erlaubten Mitteln einzusetzen.Verstoßen sie durch dieses Verhalten gegen die Strafgesetze,so ist es gerechtfertigt.Ihre Bestrafung stellte eine mittelbare Vorwegentscheidung des Strafrichters über die Verfassungswidrigkeit der Partei dar. Sie sit daher unzulässig.
Es ist davon auszugehen,daß sich der Angeschuldigte durch das ihm vorgeworfene Verhalten für die KPD als deren Mitglied oder wenigstens Anhänger politisch betätigt und sich dabei mit allgemein erlaubten Mitteln im Rahmen der politischen Ziele der KPD bewegt hat.Eine Bestrafung des Angeschuldigten würde in den garantierten Bestand und die garantierte Betätigungsfreiheit der nicht verbotenen KPD eingreifen und gegen Artikel 21 GG verstoßen."
Und weiter:
"Die Gründung von Gruppen und Ausschüssen zur Diskussion und Verbreiterung politischer Ideen gehört zum Tätigkeitsbild der politischen Parteien.Ebenso pflegen sich die politischen Parteien auch der Verteilung von Flugblättern zu bedienen,um ihre politischen Ziele und Ideen

bei der Bevölkerung abzusetzen.Das Verhalten des Angeschuldigten weicht auch nicht dadurch von dem durch die Verfassung gesetzten Bild einer politischen Parteiarbeit ab,daß es sich dabei um eine verdeckte Tätigkeit handelte."
Staatsanwalt Reifenberg gab sich damit natürlich nicht zufrieden;er will mit allen Mitteln Klaus Öllerer hinter Gittern bringen.Er legte gegen den Beschluß Beschwerde ein.Seine Begründung: "Das Parteienprivileg kommt nur der Partei selbst,nicht aber deren Neben-, Hilfs-,Sympathisanten-oder Tarnorganisationen zu...

Der Bericht steht vollständig in der Solidarität Nr.4,Zeitung des Solidaritätsausschuss.Zu bekommen im KJV-Büro(Göttinger Str.)oder beim Solidaritätsausschuss,jeden Mittwoch 18Uhr Gaststätte Neue Welt

Davenstedterstr.

BWNIC

In Grossbritannien gibts eine Kampagne für Rückzug der Britischen Truppen aus Nordirland (BWNIC).An die Soldaten der britischen Armee,die sich oft nur 16-17 Jahre alt,für 9 oder 12 Jahre verpflichten müssen (Berufsarmee!) und die die Armee lieber heute als morgen wieder verlassen möchten,werden Flugblätter verteilt,die über die legalen und illegalen Möglichkeiten,die Armee zu verlassen,informieren.Wegen dieser Flugblätter wurde bereits vor einiger Zeit Pat Arrowsmith zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt

Sie ist inzwischen wieder frei. Insgesamt 14 britische Pazifisten,die die Flugblätter verteilt hatten wurden angeklagt wegen Verschwörung.Dies kann unter Umständen lebenslänglich bedeuten!
Auch in Deutschland wurden die Flugblätter verteilt.Michael Schroeren(Redaktionsmitglied der Graswurzelrevolution) wurde angeklagt wegen Anstiftung zur Fahnenflucht.Die Anklage wurde zurückgezogen, weil Michael nicht einen bestimmten britischen Soldaten angesprochen hatte,sondern alle allgemein.Hierzu die genauere Begründung entnommen aus dem Info für gewaltfreie Organisatoren:

Die Staatsanwaltschaft hielt es für erwiesen, daß die Flugblätter der BWNIC zur Desertion aufrufen; diese Auffassung wird auch vom Amtsgericht nicht bestritten (obwohl sie unrichtig ist), das erstaunlicherweise dennoch "das Verhalten des Betroffenen für nicht strafbar" hält. In seiner Begründung schreibt Richter Fränkel, die Eröffnung des Hauptverfahrens sei "aus rechtlichen Gründen abzulehnen" gewesen, da die Anstiftung, die gem. § 109 CStGB strafbar sei, dadurch gekennzeichnet sei, "daß der Anstifter einen bestimmten Täter zur beabsichtigten Tat veranlassen will." In diesem Falle aber stehe fest, "daß der Betroffene keinen bestimmten, keinen aus der Menge herausgehobenen individualisierten britischen Soldaten in diesem engen Sinne angestiftet hat. Er hat vielmehr ganz allgemein jeden nurim HQ anwesenden Soldaten erreichen wollen." Richter Fränkel weiter "Selbst die Übergabe eines Flugblattes an einen einzelnen schafft diese Konkretisierung nicht, Zielrichtung der Aktion ist eine nicht bestimmte und nicht überschaubare Vielzahl möglicher Addressaten." Folglich sei Michael "Wegen der zu Unrecht vorgenommenen Beschlagnahme der Druckschriften Schadenersatz aus der Bundeskasse zu gewähren" und fallen die Kosten des Verfahrens "einschließlich der notwendigen Auslagen des früheren Beschuldigten der Staatskasse zur Last."

Informationen über BWNIC :
"At Ease" 3321 Groß Heere
Tel.o5345/1o12

BOMBENTERROR

BIRMINGHAM/LONDON (ID/PNS)

Die Englischen Bomben-
Bomben des Englischen
Geheimdienstes?

2. dezember
es ist offensichtlich, daß die bomben in birmingham am 21.november den weg für eine drastische ausweitung der polizeibefugnisse geebnet haben, ebenso für verstärkte staatliche konstolle und möglicherweise für die wiedereinführung der todesstrafe.
sowohl die manifesten wiedersprüche im zusammenhang mit den bomben, als auch das verhalten der polizei blieben bei den medien so gut wie unbeachtet.
die anschläge, bei denen in zwei kneipen in birmingham 13 menschen getötet und 184 verletzt wurden, kamen zu einer zeit, als über birmingham und den midlands ein extrem dichtes netz der polizei gespannt war. hunderte von polizisten sollten den transport der leiche james mc dades nach belfast sichern. er war mitglied der provisorischen ira und war bei einem versuchten anschlag auf eine fernmeldezentrale ums leben gekommen. mit dem seit jahren größten polizeiaufgebot dieser region sollte das von innenminister jenkins erlassene verbot von beerdigungsfeiern, trauermärschen u.ä. durchgesetzt werden.
kaum waren die bomben explodiert, schrieben die medien sie auch schon der ira zu - obwohl zu diesem zeitpunkt noch keine gruppe die verantwortung übernommen hatte, wie es praxis der ira ist. (vgl.ID-gespräch in der letzten ausgabe). die meldung, daß sinn fein (politische organisation der ira) die

Erklärung aus ID nr. 61

ZUR BOMBE IM BREMER HAUPTBAHNHOF

aktionen der raf richten sich niemals gegen das volk.
die bombe, die am samstag im bremer hbf explodierte, erweist sich durch die wahl des ziels als fortsetzung der praxis der staatsschutzpolizei, zur einschüchterung und disziplinierung des volkes benutzt sie nicht mehr allein das mittel der drohungen mit bomben wie im juni 1972 in stuttgart, mit raketen wie im märz 1974 gegen millionen zuschauer der fußballweltmeisterschaft, mit trinkwasserverseuchung wie im august 1974 gegen die bevölkerung baden-würtembergs. die staatsschutzpolizei ist jetzt dazu übergegangen, ihre provokationen in die tat umzusetzen mit dem risiko, unter der bevölkerung ein blutbad anzurichten.
stuttgart, den 9. dezember 1974
andreas baader, gudrun enslin, ulrike meinhof, jan karl raspe für die gefangenen aus der RAF

MEK

anschläge "abscheulich" bezeichnet hatte, wurde gar nicht oder nur unter kleingedrucktem veröffentlicht _ in britischen wie in deutschen zeitungen.
in einem punkt unterscheidet sich die reaktion der medien und politiker deutlich von vorangegangenen anschlägen: zu dem anlaß erfanden sie die idee vom "Backlash", d.h. die terrorwelle schwappt zurück. trotz dauernder verurteilung von gegenterror, wurde die sache

doch gut genug propagiert.
zwei tage nach den explosionen, am 23.november, wurden auf irische geschäfte und pubs in birmingham und london brandbomben geworfen. gleichzeitig lief die law and order bewegung auf vollen touren. parlamentarier forderten striktere polizeimaßnahmen, die faschistische "national front" forderte einen streik für die todesstrafe an "ira-mördern.
inzwischen erklärte ein 17 jähriges mädchen telefonisch einer presseagentur, die gruppe "red flag 74" übernehme die verantwortung.
sie sei eine studentenorganisation, die in manchester 5oo freiwillige habe. sie sei auch verantwortlich für anschläge auf soldatenkneipen in guildford und woolwich und auf autos von prominenten. am tage darauf gaben die provisionals eine erklärung heraus, in der es heißt: "es war und ist nicht die politik der ira, nichtmilitärische ziele ohne angemessene warnung zur sicherheit von zivilisten anzugreifen". die ira habe keine ahnung wer "red flag 74" sei, wäre aber froh, daß sie keinerlei verbindung mit der republikanischen bewegung habe.
am 24. wurde bekannt, daß sch on in der nacht der attentate sechs iren von der fähre nach irland festgenommen worden seien. am montag den 25. hatte dann innenminister jenkins seine große stunde. sein "gesetz zur bekämpfung des terrorismus" ermöglicht das verbot von organisationen die etwas mit "terrorismus oder der billigung und propaganda von gewaltakten, betreffend nord-irland", zu tun haben. das gesetzt, so jenkins, ziele auf die ira, aber, wenn nötig, könnten auch andere von dem verbot betroffen sein. einer inkriminierten organisation anzugehören, oder sie finanziell oder anders zu unterstützen, wird strafbar sein". verbunden damit sollen strenge einreisebeschränkungen, ausweiseverfügungen usw. eingeführt werden.
jeder, der irgendwie in den verdacht gerät, mit terrorismus in verbindung zu stehen, einen terroristen aufgenommen zu haben o.ä., kann ohne haftbefehl bis zu 7 tagen festgehalten werden.
nachdem jenkins rede vor dem parlament beendet war, gingen drei briefkästen in london hoch - 2o personen wurden verletzt. eine davon war direkt vor dem büro der "british withdrawl from northern ireland campaign"(bwnic) einer gruppe, von der 14 mitglieder einen prozeß wegen aufforderung zur desertation erwarten.
verschiedene sachen bleiben sehr dubios. die gruppe "red flag 74" wird von jenkins nirgends erwähnt, ist auch nicht auf der verbotsliste. presse, polizei und politiker schweigen sich über diese gruppe aus, während die ira zur zielscheibe aller angriffe gemacht wird.
zwei der getöteten in birmingham waren mitarbeiter bei dem "troops out movement"(tom) das den sofortigen abzug der britischen truppen aus nord irland fordert. andere tom - mitglieder wurden in der vergangenen wodhe auf offener straße zusammengeschlagen.
tom und bwnic wären äußerst merkwürdige angriffsziele für die irisch republikanische bewegung.
die vorgänge in england erinnern an die republik irland im mai letzten jahres. dort explodierten 3 autobomben im dubliner stadtzentrum, ohne warnung, ohne erklärung.
im eindruck dieser anschläge wurden im irischen parlament mit kräftiger presseunterstützung ein "anti-terroristengesetz" einschliesslich iraverbot durchgepaukt.
die damaligen bombenleger stellten sich als britische agenten heraus.

PROZESS GÖTZ BUCHHOLZ

GÖTZ BUCHHOLZ FREIGESPROCHEN.
Bereits im April berichteten wir über den Prozess gegen Götz Buchholz,der als presserechtlich verantwortlicher der inzwischen nicht mehr existierenden KPD/ML Rote Fahne wegen Verächtlichmachung der BRD und ihrer verfassungsmässiegen Organe angeklagt war.Er wurde nun im November freigesprochen.Die Presse triumphierte,dass ein weiser vorausschauender Richter den Kommunisten durch diesen Freispruch den Wind aus den Segeln genommen habe,es ihnen nicht möglich gemacht habe Götz Buchholz zum Märtyrer aufzubauen und damit sei natürlich auch der Vorwurf der Klassenjustiz widerlegt.Die Presse vergass dabei allerdings zu erwähnen, dass mit der gleichen Anklage Osswald und Schulte zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.Die Klassenjustiz hat damit ihr Grundsatzurteil,das sie bei Bedarf jederzeit anwenden kann,auch wenn sie mal bei einzelnen für sie uninteressanten Leuten,wie Götz Buchholz darauf verzichtet.

ARNDTSTRASSE

Vor einigen Wochen wurden 3 Genossen, die an der Bestzung der Arndtstr. teilnahmen, und nach der brutalen Räumung durch die Bullen mit 1o5 anderen Jugendlichen festgenommen wurden, in letzter Instanz vor dem BGH in Karlsruhe zur Zahlung der an den Bullenwagen entsandenen Schäden bei der Räumung in Höhe von 5ooo DM verurteilt.
Der Prozeß lief ohnedas die Jugendzentrumsbewegung, allen voran die Kornstr., die sich bei jeder Gelegenheit doch so gerne als legitime Erben der Arndtstr. aufspielt, irgendetwas getan hätte.
Obwohl eine Solidarität, und daraus entsprechende Propaganda und Aktionen imminent wichtig gewesen wären, haben diese Leute, die heute den Begriff unabhängig ohne Gefahr aus dem Namen des Kornzentrums Streichen könnten, nichts dergleichen getan um eine breite Öffentlichkeit zu informieren. Erst auf der bürgerlichen Presse erfuhr man über den Ausgang des Prozesses.
Aber dies ist kein Einzelfall: schon 1973 als es zu Prozessen gegen Arndtstr. besetzter kam, hatt man ähnliches verfolgen können. Hierzu Auszüge aus einem Artikel der APH aus dem Anarcho-Info 19:

" Im Dezember '71 besetzten etwa 3oo Jugendliche ein leerstehendes Bürohaus in der Arndtstr.. das war unsere erste Reaktion auf lange und ergebnislose Verhandlungen mit der Stadt , in denen wir Räume für ein Unabhängiges Jugendzentrum gefordert hatten. Obwohl wir ernaut Verhandlungen angeboten haben, wurde das Haus in der Nacht zum 15. Dezember von über 1ooo Bullen brutal gegen unseren Widerstand geräumt. Während die Stadt den daraufhin zahlreich entstandenen Jugendzentrumsinitiativen Zugeständnisse machen mußte und nun versucht, sie durch Geldangebote an sich zu binden, soll in Prozessen gegen ein paar willkürlich herausgegriffene Besetzer der Arndtstr- die nacht- und Nebelaktion der Bullen gerechtfertigt werden. Um uns vor Weiteren Bestzungen abzuschrecken, werden folgende Anklagepunkte konstruiert:

HAUSFRIEDENSBRUCH- NÖTIGUNG- Vers. TOTSCHLAG-
Außerdem sollen alle Besetzer für den Bulleneinsatz und den daraus resultierenden Schaden aufkommen.
Am 27. März sind nun die ersten Strafprozesse angelaufen, dagegen haben wir uns gewehrt:
Wir haben den"Angeklagten" daran gehindert, zum Prozeßtermin zu erscheinen.
Stattdessen haben wir Ihn auf eind spontane Demonstration durch die Innenstadt

zum UJZ KORNSTR. mitgenommen.
Am darauffolgenden Freitag wurde eine Kundgebung mit anschließender Demonstration durch die Innenstadt, an der ca. 600-800 Genossen teilnahmen, durchgeführt. ... die Demo konnte dazu genutzt werden,, viele Gebäude und Straßenbahnen mit farbigen Parolen zu verzieren!!!...
... In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die bisherige politische Öffentlichkeitsarbeit der Roten Hilfe Hannover (diese Gruppe sollte im Rahmen des UJZ Kornstr. die Vorbereitung auf eine Kam- des UJZ-s wegen der stattfindenden Proz esse leisten) kritischer Betrachtung zu unterziehen. Es ist zu konstatieren, das % obwohl der RH der Prozeßtermin seit langem bekannt war sie erst kurz vor Ultimo, eine Woche vor dem Termin, mit der Agitation begann. Nur durch diese zum teil mangelhafte und zu späte Vorbereitung ist es nicht gelungen, eine größere Beteiligung zu erzielen. Die RH rechtfertigte sich mit der Argumentationsweise, daß ja der Prozeß vorläufig verhindeft sei, was natürlich für den "Angeklagten" aufgrund des Haftbefehls(er wurde nach obiger Verhinderung des Prozesses ausgesprochen) zur Folge hatte, er ist nunmehr auf der Flucht vor dem Zugriff der Staatsgewalt, und muß seinen Lebensunterhalt von Spenden der Genossen bestreiten,
und man nunmehr Zeit gewonnen habe, bis zum neuen Gerichtstermin eine intensive Agitationsarbeit in den Linken Gruppen und in der Öffentlichkeit zu vollziehen. Ziel soll es sein die Einstellung aller Prozesse zu erreichen. Aber leider hat seit besagten März niemand mehr viel von der Agitation der RH vernommen. Es ist in jedem Fall notwendig, daß endlich etwas getan wird, um ein gleiches Dilemma zu verhindern."

Soweit die Zitate aus dem Artikel von 1973, wenn die UJZler schon damals nicht viel für die Solidarität mit ihren Genossen, die für ihre Forderungen vor Gericht stehen,und durch deren Kämpfe heutzutage Sozialarbeiter ihre Gelder von unseren Steuern bekommen und politische Macht über die Jugendlichen und andere Linke in Ihren!!! sich selbst angeeigneten Jugendzentren ausüben, nämlich genausolches praktäzieren die Sozial"arbeiter" der Kornstr.,getan haben, so sieht es heute auch nicht wesentlich besser aus, es können Genossen vor Gericht gestellt werden und man erfährt es erst hinterher!!

Erst im Nachinein als die Urteile verkündet worden waren, hat sich ein Solidaritätsausschuß innerhalb des UJZ-Glocksee gebildet der eine Spenden kampgne vorbereitet. Es wurde ein Flugblatt herausgebracht, abschrift nachfolgend, mit dem viele Organisationen und auch wir uns durch Unterschrift solidarisierten. Die Unterschrift der Kornstr. der ruhmreichen "Erben" der Arndtstr., fehlte allerdings.Das Flugblatt rief zu einer Veranstaltung im UJZ-Glocksee auf, die am DIEnstag, den 3.12.74 um 19 Uhr stattfand- es waren ca. 50 Leute anwesend.

Wenn man allerdings bedenkt, daß bei der Besetzung der Arndtstr. 108 Leute festgenommen wurden,, daß ca 300 die Besetzung durchgeführt haben, daß nach der brutalen Räumung über 2000 für das Jugendzentrum demonstrierten - aber nur 50 bei der, etliche Tage davor durch großeMengen Flugblätter angekündigten, Veranstaltung anwesend,und daß, obwohl es mrhrere "Unabhängige" Jugendzentren in Hannover giht, deren Existenz nur durch die damalige Arndtstraßenbesetzung zustandekam,waren - dann stellt sich allerdings die Frage, wie es wirklich mit der Solidarität dieser Jugendzentrumsbenutzer bestellt ist. In jeder sozialistischen Organisation herrscht in der Tat mehr Solidarität, wenn Genossen von den Herrschenden verfolgt, angeklagt oder verurteilt werden. Scheinbar haben diese Jugendzentren mit Kommunismus, Sozialismus oder Anarchismus überhaupt nichts zu tun, es geht ihnen wohl nur darum, billige Saufgelegenheiten zu schaffen und die Interessen der Stadt durch systemimmanente Sozialarbeit zu vertreten.
Auf obiger Veranstaltung wurde beschlossen, Geldsammlungen durchzuführen, was mittlerweile auch angelaufen ist- an diesen Sammlungen haben sich auch Gen. von uns beteiligt.
Mittlerweile finden jede Wochen Veranstaltungen in der Glocksee, bisher Dienstags 19.oo Uhr, statt, bei denen über weitere Aktionen diskatiert werden soll/ genaue Informationen sind über das UJZ Glocksee zu erhalten, ebenso kann man dort auch Geldspenden für die verurteilten Gen. abgeben. Anschließend folgt eine Abschrift des Flugblattes:

Angriff auf das Demonstrationsrecht am Beispiel Arndtstraße

In letzter Instanz sind vor dem Bundesgerichtshof (BGH) 3 Jugendliche, die in der Nacht der Räumung des Jugendzentrums Arndtstraße (14.12.71) sich im Gebäude aufhielten und festgenommen waren, zu rund 5.000DM Schadenersatzzahlung an die Polizei des Landes Niedersachsen für die während der Räumung entstandenen Schäden an den Polizeifahrzeugen verurteilt worden, obwohl ihnen keine Handlungen nachgewiesen werden konnten, die zu diesen Schäden führten. In einem Strafprozeß wurden diese Jugendlichen in der gleichen Angelegenheit freigesprochen.

Wie Kam es zu diesem Urteil?

Seinerzeit besetzten ca 400 Jugendliche ein seit über einem Jahr leerstehendes Gebäude in der Arndtstr. und erklärten dieses zum unabhängigen Jugendzentrum Hannover, nachdem sich die Stadt Hannover nach etlichen Verhandlungen in keiner Weise bereit zeigte, die Forderung der Jugendlichen nach einem Haus für ein Jugendzentrum auch nur ernsthaft zu prüfen.

Diese Jugendzentrum in der Arndtstr. überlebte genau 56 Stunden.

In der Nacht zum 14.12.71 um 4 Uhr morgens antwortete die Stadtverwaltung den Jugendlichen Hannovers mit einem der brutalsten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte (Einsatz von 1500 Polizisten, 2 Panzerfahrzeugen und brutalen Knüppeleien). Ein Versuch, mit den Hausbesetzern zu verhandeln, wurde von der Stadt garnicht erst unternommen. Alle 108 im Gebäude anwesenden Jugendlichen wurden festgenommen, und ca. 20 sogar wie Schwerverbrecher erkennungsdientstlich behandelt.

Jahrelang hatte sich die stadt einen Dreck um die Interessen der Jugendlichen gekümmert. Als dann die Jugendlichen mit ihren Forderungen ernst machten und leerstehende Häuser bestzten, antwortete die Stadt mit der Polizei. Als sich die Jugendlichen durch diese Maßnahmen nicht einschüchtern ließen, Sah sich die Stadt gezwungen, ihre Taktik zu ändern, und zumändestens verbal die Bedürfnisse der Jugendlichen anzuerkennen.

Oberstadtdirektor Neufer in der Etatrede vom 6.12.72 zur Finanzierung der Jugendzentren: "Die Stadt muß sich zwar gegen wiederrechtliche und eigenmächtige Aktionen, wie sie in der Arndtstr. vorlagen, zur Wehr setzten. Sie ist aber andererseits verpflichtet, den legitimen Bedürfnissen junger Menschen Raum und Möglichkeiten der Entfaltung zu geben.

Die Kosten für die verfehlte Jugendpolitik der Stadt sollen nun 3 willkürlich herausgegriffene Jugendliche tragen!

Die Stadt ist schuldig!
Sie soll die Kosten ihres Polizeieinsatzes zahlen!

WOMIT WIRD DIE VERURTEILUNG BEGRÜNDET ???

Der Arndtstraßenbesetzung verdanken die Jugendzentren in Hannover, Kornstr. und Glocksee, ihre Existenz. Der Kampf um die Arndtstr., der politische Widerstand gegen die brutale Räumung durch die Polizei, bei der erstmals in der BRD gepanzerte Fahrzeuge in sozialen Konflikten eingesetzt wurden, zwang die Stadtbürokratie, die Jugendzentren zu akzeptieren und zu finanzieren.
Die Stärke der Jugendlichen war und ist ihre Solidarität!!
Wenn die Verurteilung dieser 3 Jugendlichen einfach hingenommen wird, so wäre dies eine politische Niederlage für ohnegleichen alle Jugendlichen.

Die Tatsache, daß jeder, ohne daß ihm eine eigene Schuld nachgewiesen werden muß, für die Schäden im Laufe von Demonstrationen und Hausbesetzungen haftbar gemacht werden kann, wird vom BGH damit begründet, daß jeder Teilnehmer an einer Demonstration allein schon dadurch seine Teilnahme jedwede Ausschreitung billigend in Kauf nehme. (vergleiche HAZ vom 3o.1o.74)

Dieser Paragraph ist von den Richtern aus Karlsruhe zu einem Instrument politischer Unterdrückungung gemacht worden: in der "berechtigten" Furcht, für alle Schäden während einer Demonstration haftbar gemacht werden zu können, können viele zu der Meinung kommen, daß es besser sei, auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung zu verzichten, denn jede Teilnahme an einer Demonstration oder dergleichen kann eine finanzielle Katastrophe für den einzelnen zur Folge haben.

Der Willkür der Polizei und der Staatsgewalt wird Tür und Tor geöffnet. Es ist nicht undenkbar, und wäre auch nicht das erstemal, daß die Polzei selbst Provokateure bei Demonstrationen einsetzt, um dann einige Personnen aus der Demonstration für die von den Provokateuren verursachten Schäden Haftbar zu machen.(vergleiche NHP vom 3o.1o.74)

Mit diesem Urteil soll das geltende Demonstrations- und Kundgebungsrecht eingeschränkt werden !!!

Spendet für die Opfer der Justizwillkür!

Weg mit der Sippenhaft !!!

Für ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht !!!

Sammelt 5000DM für die drei Verurteilten!

Diese Urteil würde seinen Zweck gerade dann erreichen, wenn wir die 3 Verurteilten die Kosten jetzt alleine tragen lassen. Die Gerichte warten nicht solange, bis wir die Stadt gezwungen haben zu zahlen.

Diesen Aufruf unterstützen: Jugendzentrum Lehrte, Jugendzentrum Burgwedel, ASTA TUH, SHB/SF, SDS, GIM, KGB, KHG, KSB, ROTE FAHNE FREUNDESKREIS, KJV, KOV, KSV, ANARCHO PRESSE HANNOVER, NORDDEUTSCHE FRESSE, SAG, SV-Kollektiv Tellkampfschule

DAS ENDE EINER ZEITUNG?

Wenn die Entwicklung der Pressekonzentration im Raum Hannover sich wie bisher fortsetzt, wird es in absehbarer zeit nur noch eine Tageszeitung geben - die HAZ -. Diese Konzentrierung, die schon seit Jahren im Bundesgebiet besteht, hat zur Folge, daß nur noch einige Großverleger, allen voran der Springerkonzern, über das Meinungsmonopol verfügen. Aber diese Meinungsmonopol, und die daraus resultiernde Manipulation der Volksmassen, war und ist schon immer vorhanden gewesen, die wir am Beispiel der Hannoverschen Zeitungslandschaft einmal näher darstellen werden. Bis 1971 gab es in Hannover 3 Tageszeitungen: Die Hannoversche Presse, die primär ein Organ der SPD, damals noch mit orangenem Titeldruck, war, die eher liberal eingestellte Hannoversche Rundschau und die auflagenmäßig größte, die Hannoversche Allgemeine Zeitung. Aber diese formalen Unterschiede im Inhalt, ließen sich nur im Detail feststellen. In einem waren sich die reaktionären Redaktionem einig, nämlich wenn es um die Berichterstattung von Linken Aktivitäten ging- vornehmlich um Demonstrationsberichte. Schon im Frühjahr 1969, nachden Demos zur Industriemesse, gab es zwischen den Redaktionen eine Übereinkunft, daß solche Berichte den Lesern vorenthalten werden; falls es doch unumgänglich war, darüber zu berichten, geschah dies nur nach vorheriger Absprache der Redaktionen.- Das Ergebnis dieser Absprachen und der sogenannten objektiven freien Berichterstattung , und das nicht nur in Hannoverschen Zeitungen, konnten wir immer wieder in den, die Linke und allen fortschrittlichen Gruppen diffamierenden, Artikeln konstatieren.

NHP

1971 kam es dann zur ersten größeren Änderung im Hannoverschen Zeitungswesen: die HP, die bislang das Sprachrohr der SPD-Politik darstellte, hatte in den Jahren zuvor große finanzielle Verluste, die Auflagenziffern sanken ständig, und auch dauernde Erhöhungen der verkaufspreise brachte keinen Profit mehr. Daraufhin versuchte man durch Einsetzung eines neuen Managements unter Leitung von Peter Krohn, dem heutigen Präsidenten des Bundesligaklubs Hamburger Sportverein, eine neue Linie in das nicht mehr rentable Blatt zu bekommen. Das vormals orangene Titelblatt wurde gegen ein grünes ausgetauscht, der Titel HP in Neue Hannoversche Presse umgeändert, daraus entwickelte sich als neuer Herausgeber die "Neue Hannoversche Zeitungs Gmbh und Co. Zu diesem Zeitpunkt wechselten oder wurden gegangen schon etliche Readakteure, die profiliertesten,gingen zur HAZ. Man wollte eine neue Inahaltliche Konzeption, ein sogenanntes "Volksblatt" für "jung und alt", produzieren.Die Hannoversche Rundschau, bisdahin auflagenmäßig schwächste Zeitung, die ihren Besitzern keinen Profit mehr brachte, wurde im Sommer 71 von der NHP integriert. Diese Neukonzeption brachte allerdings auch nicht den erhofften Profit! Durch diese neue Zielrichtung als Volksblatt, die sich in dieser Form auf dem Markt nie durchsetzen konnte, verlor die NHP ihr vorher schon schwaches Profil vollkommen; Ergebnis - die Auflage sank -. Die HAZ konnte den Leserabgang der NHP auffangen und sogar beträchtlich expandieren. Als Folge davon wurde vor ca 2 Jahhen wider einmal die Geschäftsleitung umbesetzt, auch der verantwortliche Herausgeber, Peter Krohn, wurde gefeuert.- Nun Treibt er sein Unwesen in Hamburg. Als erste praktische Konsequenz ergab sich für die Kapitalisten Anfang 74 die Zusammenlegung des Vertriebes mit der HAZ, gleichzeitig Hatte die NHP den gesamten Anzeigenteil der HAZ mit übernommen.- Druck dieses Anzeigenteils und des Vertriebs für beide Zeitungen lagen nun in Verantwortung der HAZ. Dies war nur der erste Schritt zur Fusionierung beider Zeitungen, der wohl in absehbarer Zeit vollzogen werden wird.

In den letzten Jahren begann die HAZ eines der modernsten Druckzentren Deutschlands, obwohl zig Druckereien und auch darunter etliche Großbetriebe, wie zum Beisspiel Jännicke in Hannover pleitegingen, in Bemerode zu errichten.Ziel der Errichtung solcher modernen, Arbeitskräfte sparenden Großdruckereien, war und ist die Profite der Besitzer zu erhöhen. Die Arbeiter fliegen bei einer Aufgabe des Betriebes auf die Straße, die unternehmer kassieren trotz sogenannter Sozialpläne, die sie mit korruptem Betriebsräten und Gewerkschaftsbonzen ausmauscheln noch fette Gewinne dabei. Das Druckzentrum in Bemerode wurde vor einigen Wochen voll in Betrieb genommen. Bloß dabei hatten sich die Kapitalisten der Haz beträchtlich verkalkuliert: es sollte ursprünglich ca. 6o Millionen DM kosten, mittlerweile liegt der Gesamtpreis über 1oo Millionen DM. Um diese Finanzierungslücke zu schliessen, zu der die HAZ alleine nicht in der Lage war brauchte man neue Geldgeber - und die fanden sich sehr schnell. Etliche Verleger , unteranderem auch der Springerkonzern hatten großes Interesse an einer Beteiligung an der HAZ. Um das Grundkapital auf 4o Millionen DM erhöhen zu können, beteiligte man schließlich den Herausgeber der NRZ mit 18,75% und die DDVG, die der SPD gehört, mit 11,25% am Grundkapital. Die SPD, die sowohl an der NHP, als durch diese Transaktion nunmehr an der HAZ beteiligt ist,wird bisher
ist, wird nunmehr, wie sie auch bisher es immer getan hat, korrekt die Interessen der Herrschenden nicht nur in den Parlamenten, sondern gemeinsam mit der CDU und FDP in den Medien auch in Hannover konsequent vertreten.
Doch nun zu einigen Fakten:
Die HDVG= Hannoversche Druck & Verlagsgesellschaft gibt die NHP= Neue Hannoversche Presse Heraus! Die HDVG ist eine "Unterorganisation" der DDVG= Deutsche Druck und Verlagsgesellschaft, diese ist im Besitz der SPD! Weiterhin gehören 5o% der NHP der Madsack Verlagsgesellschaft, die die HAZ herausgibt, Mittlerweile werden in dem neuen Druckzentrum der HAZ in Bemerode außer der HAZ auch die NHP gedruckt, weiterhin werden dort die Bild, das "Hannoversche Wochenblatt" und der Mantel von 16 Niedersächsischen Regionalausgaben, wie z.B. Hildesheim, Göttingen etc. hergestellt. Mittlerweile werden ab demnächst von 6 Regionalausgaben der NHP 4 eingestellt, unter anderem die Hildesheimer.

Was hat das für die Arbeiter der Drukkerereien für konsequenzen gehabt?
Vor ca 2 Jahren hat die HDVG bzw. die NHP eine Belegschaft von rund 1400 Arbeitern und Angestellten besessen ! Davon sind nur noch 200 übrig geblieben!!!Q Ab Anfang 75 sollen von diesen 200 noch einmal 100 wegrationalisiert werden, damit die Profite in Bemerode umso größer werden!
Was ist gegen diese Entlassungen an Aktionen gelaufen - gar nichts!!!
Erst jetzt als das baldige Ende der NHP wohl abzusehen ist, kommt der Protest- aber nicht von den Arbeitern, die bei den Entlassungen von Betriebsrat und Gewerkschaften verraten und verkauft worden sind, nein - der Protest kommt von den Herrschenden und ihren handlangern von SPD, CDU, FDP, DGB und nicht zuletzt von den Standesorganisationen der Journalisten, die um ihre gutbezahlten Posten Fürchten.
Hauptslogans dieser Typen sind Pressefreiheit, Meinungsvielfallt muß erhalten werden, wir brauchen zwei unabhängige Tageszeitungen und ähnliches BLaBla...
Am 14. Dezember 74 kam es dann zu einer primär vom DGB organisierten Demonstration, an der mehr als tausend Leute teilnahmen. Im Rahmen dieser Demo erschienen auch etliche von den Entlasdsungen am schwersten betroffenen, nämlich den Arbeitern mit den richtigen forderungen, siehe auf den Photos!
Als Kundgebungsredner traten wie üblich die Bonzen von DGB und der Journalistenverbände auf! Der einzige Redner der wirklich die Interessen seiner Kollegen vertrat, war der Betriebsratsvorsitzende Alfons Hillmann. Er griff in seinem Redebeitrag als einziger die Bonzen der IG Druck und Papier und des DGB an, er warf ihnen mit Recht vor, daß gegen die Entlassungen nie etwas ernstlich unternommen hatten, sondern, wie auch auf der Kundgebung immer nur abgewiegelt haben
Solidarisiert euch mit den entlassenen und vom Rausschmiß bedrohten Kollegen - es geht hier nicht um eine "Pressefreiheit" und Meinungsvielfalt, wie man uns weismachen will, soetwas gab es und wird es in einem Kapitalistischen System nie geben, in dem Kampf der Kollegen, die an den Druckmaschinen stehen, geht es um ihre Existenz und um Ihre Arbeitsplätze!

Ⓐ PH